



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,**

**Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Zahnärztliche Versorgung auch künftig sichern V: Kinderzahnärzte und Kinderärzte gleichbehandeln**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass – analog zum kinderärztlichen Bereich – die Leistungen auch der Kinderzahnärzte entbudgetiert werden, zumindest für alle Patientinnen und Patienten, die jünger sind als zwölf Jahre.

#### **Begründung:**

In den 1990er-Jahren wurde in Zahnarztpraxen ein Budget eingeführt. Die Festlegung finanzieller Obergrenzen durch die Krankenkassen hatte das Ziel, die Kosten für die zahnärztliche Versorgung in Schach zu halten. Bis heute unterliegen etwa 70 Prozent der zahnmedizinischen Leistungen einer Budgetierung. Dies betrifft vor allem konservierende und chirurgische Eingriffe, die einen Großteil des täglichen Praxisgeschehens ausmachen. Von dieser Budgetierung ausgenommen sind nur wenige zahnärztliche Behandlungen, wie beispielsweise Prophylaxe-Maßnahmen für Kinder und Jugendliche.

Im kinderärztlichen Bereich gibt es auch wegen des Mehraufwands – Kinder sind keine kleinen Erwachsenen – keine Budgetierung. Diese Entbudgetierung wird auch für Kinderzahnärzte – und zwar für alle Behandlungen – gefordert. Zumindest muss sie für alle Patientinnen und Patienten gelten, die jünger als zwölf Jahre sind.

Derzeit gibt es rund 4 700 Zahnarztpraxen in Bayern, damit verbunden sind rund 33 000 Arbeitsplätze, Tendenz sinkend bei gleichzeitig steigendem Versorgungsbedarf in der Bevölkerung. Hintergrund sind auch die massiven Kostensteigerungen in den vergangenen fünf Jahren von bis zu 42 Prozent. Bis zu 14 Praxen schließen pro Monat in Bayern.